



Amtsgericht Detmold

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 24.10.2024, 09:30 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 12 (Nebengebäude), Gerichtsstraße 6, 32756
Detmold**

folgender Grundbesitz:

Teileigentumsgrundbuch von Detmold, Blatt 25668,

BV Ifd. Nr. 1

14930/100000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Detmold, Flur 31, Flurstück 78, Gebäude- und Freifläche, Elisabethstr. 24, Größe: 362 m² verbunden mit dem Sondereigentum an der Raumeinheit Nr. V des Aufteilungsplans, beschränkt durch das Sondereigentum an den anderen Anteilen (Blätter 25664 bis 25668).

versteigert werden.

Lt. Gutachten: Teigentum Nr. 5 an einem Wohn- und Geschäftshaus. BJ Haupthaus 1905, Anbau 1908. Das Sondereigentum besteht an den Räumlichkeiten im Anbau. Es besteht Sanierungsbedarf bei der Wärmedämmung und Luftdichtigkeit; Instandhaltungsrückstände am Gemeinschaftseigentum insb. an Dach und Fassade, deutlicher Instandhaltungsrückstand am Sondereigentum. Für das Teileigentum besteht eine Nachtragsgenehmigung zur Nutzung als Wohnung.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 27.11.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

90.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.